

# „Ich spüre sehr viel Angst hier“ David Abraham über Deutschland in Zeiten von Flucht und Terror

*Im Oktober 2015 kam David Abraham als Gast des Center for Global Constitutionalism ans WZB. Sein Vorhaben war, die Debatten um Beschneidung im jüdischen und muslimischen Kontext zu studieren. Schnell allerdings holte den Historiker und Juristen aus Miami, der Deutschland und die deutsche Sprache gut kennt, ein anderes Forschungsinteresse ein: Seit vielen Jahren arbeitet er zu Integration und Immigration. Vor seinem Rückflug Mitte Januar hat Gabriele Kammerer mit David Abraham gesprochen. Sie wollte wissen, wie er die Ereignisse der letzten Monate erlebt hat.*

*Sie waren in Deutschland, als die Anschläge in Paris passiert sind, die Kölner Silvesternacht ist eskaliert. Wie nehmen Sie das Land heute wahr?*

Ich spüre sehr viel Angst in Deutschland – die eine Hälfte der Deutschen hat Angst vor den Flüchtlingen, die andere Hälfte hat Angst vor denen, die Angst vor den Flüchtlingen haben. Spätestens seit Silvester scheinen die Teile stärker, die Angst vor den Flüchtlingen haben. Und so sehen wir jetzt, wie die Politiker sich überschlagen mit Vorschlägen, wie dieses oder jenes Gesetz zu verschärfen wäre. Als ich ankam, habe ich einen anderen Geist wahrgenommen. Damals war die Zeit der Teddybären an den Bahnhöfen, jetzt ist die Zeit der Pegida-Aufmärsche.

*Sind Sie also Zeitzeuge einer Wende geworden?*

Die Stimmung im Herbst war schon beeindruckend. Wenn Sie Vergangenheitsbewältigung mit einer Art christlichem Liberalismus und einer guten Portion Naivität mischen, dann bekommen Sie diese ganz spezifische Willkommenskultur. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das ganz vorbei ist. Einen Dämpfer hat die Willkommenskultur sicher bekommen. Viele haben plötzlich gesehen, dass es in der Welt verschiedene Kulturen gibt, dass Menschen sich unterschiedlich verhalten, welche wichtige Rolle Bildung spielt – und wie viele Defizite es hier in der Integration gibt. Seien wir nüchtern: Eine Million Neuankömmlinge zu integrieren, ist immer eine Herausforderung, und das gilt für diese Gruppe noch mal ganz besonders.

*Was raten Sie den Deutschen, als Jurist und Historiker?*

Was wir jetzt erleben, ist der Zusammenbruch der Prinzipien von Flucht und Asyl, weil sie mit Einwanderung vermischt wurden. Zuwanderung hat ja unbestritten ihre Chancen. Im Moment aber sehe ich hier eine Gesellschaft, die sich zwischen Chaos und Wohltätigkeit selbst der Möglichkeit beraubt, auszusuchen, wen von „denen“ man wirklich als Teil von „uns“ willkommen heißen will. Die gegenwärtige Krise legt unerbittlich offen, dass Deutschland immer Ersatz-Immigrations-Politik betrieben hat, anstatt ein Einwanderungsgesetz zu beschließen. Es gab hier immer Einwanderung: Erst kamen die Deutschen aus den früheren Ostgebieten. Dann die sogenannten Gastarbeiter, schließlich kam die Einwanderung, vor allem von Juden, aus der früheren Sowjetunion. Und die Freizügigkeit in der EU habe ich noch gar nicht erwähnt. Es gab also viel Einwanderung, aber kein Einwanderungsgesetz. Genau das aber braucht Deutschland. Es müssten nach einigen Prinzipien – Beschäftigungschancen, Familie, Los – etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus der ganzen Welt ausgewählt werden, die dann zur Integra-

tion verpflichtet werden. Das Ganze müsste so gestaltet sein, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat und sein Arbeitsmarkt geschützt werden.

### *Fühlen Sie sich durch die Ereignisse in Köln und die Debatten danach in Ihrer Forderung nach einer Pflicht zur Integration bestätigt?*

Die neueren Entwicklungen sind in der Tat ein Beleg dafür, dass es eine ernsthafte Integrationspolitik geben muss. Da gibt es Unterschiede zwischen Deutschland und den USA. In den USA spielt der Staat eine viel geringere Rolle. Wenn Menschen erstmal da sind, dann sind sie auf sich selbst gestellt. Wir helfen niemandem – nicht den eigenen Leuten und nicht den Hinzukommenden. In Amerika gibt es zurzeit elf Millionen Menschen ohne Papiere, ohne Aufenthaltserlaubnis, und die können irgendwie leben und arbeiten – wenn auch nicht gut. In Deutschland gibt es hohe formale Anforderungen. Der Wohlfahrtsstaat hat einen regulierten Arbeitsmarkt. Ein starker Zufluss an Einwanderern bedroht die Lohnstruktur. Und er bedroht das Zusammengehörigkeitsgefühl. Ich finde es sehr beunruhigend, in den letzten Wochen hier in Deutschland Diskussionen darüber wahrzunehmen, dass Flüchtlinge von der Mindestlohn-Regelung ausgenommen werden könnten. Das wäre furchtbar.

### *Auch hier misstrauen immer mehr Menschen dem staatlichen Schutzversprechen und nehmen ihre Sicherheit in die eigene Hand. Wie nehmen Sie das als Amerikaner wahr?*

Wollen wir hoffen, dass die Leute sich auch wieder beruhigen. Wir wissen ja, dass in jedem Land die männliche Bevölkerung zwischen 16 und 35 Jahren am meisten dazu neigt, kriminell zu werden. Einige der Reaktionen hatten sehr unglückliche rassistische Untertöne. Menschen orientieren sich gerne entlang von Rasse und Geschlecht, und die deutsche Weiblichkeit zu beschützen, ist eine ziemlich rassistische, ja sogar faschistische Angelegenheit. Gut, es gibt Gesellschaften, wo Männer nicht daran gewöhnt sind, dass bei Frauen der Kopf oder das Gesicht offen sichtbar sind, oder dass sie kurze Hosen tragen. Diese Männer müssen lernen, dass das keine Einladung zu Gewalt oder sexueller Belästigung ist. Das ist ziemlich grundlegend. Ich denke aber, wir sollten nicht von 1.000 Menschen an Silvester – wo sich auch nicht alle Deutschen vorbildlich verhalten – Schlüsse ziehen auf eine ganze Million, das wäre unverantwortlich.

### *Wie ist es, über Integration zu forschen, und draußen überschlagen sich die Ereignisse?*

Die Monate hier waren schon eindrücklich. Die Neujahrsansprache der Kanzlerin zum Beispiel habe ich gehört, als ich mich gerade auf den Silvesterabend mit Freunden vorbereitete. Sie sagte, dass gemeinsame Werte, Gesetze und Traditionen diese Gesellschaft tragen. Und dass jedes Land von gelungener Einwanderung profitiert. Wenige Stunden später explodierte dann das Feuerwerk, im wahrsten Sinne des Wortes. Für die Situation seitdem ist es nicht hilfreich, sich etwa auf die bisherigen Deutungen des Begriffs Multikulturalismus zu berufen. Die konservative Version war ein Rückzug der Politik unter der falschen Annahme, dass die Menschen ohnehin wieder zurückgehen würden. Man sah Deutschland nicht als Einwanderungsland und ging von einer verbindlichen Leitkultur aus. Die linksliberale Version war genauso falsch: Sie verband eine kritische Sicht auf die eigene Kultur und Geschichte mit einer pluralistischen Sicht auf die Gesellschaft. Die Vertreter dieser Version dachten, dass Loyalität gegenüber den hiesigen Spielregeln – Jürgen Habermas und andere sprachen von Verfassungspatriotismus – ausreiche, um ein „Wir“ zu begründen. Sie gingen davon aus, die Menschen würden schon zurechtkommen, ohne dass man sich in fremde Leben einmischt. Ich werde genau beobachten, wie die Diskussion hierüber in Deutschland weitergeht.



David Abraham ist Jura-Professor an der University of Miami School of Law. (Foto: privat)

[dabraham@law.miami.edu](mailto:dabraham@law.miami.edu)